

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zurück zur Produktion!

Ein Aufruf der Gewerkschaften im besetzten Gebiet.

Gießen, 28. September. (Wib.) Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei aus allen Teilen des all- und neubesetzten Gebietes, waren gestern hier versammelt zu Besprechungen über die zur Wiederaufnahme der Arbeit nötigen Maßnahmen. Die Politik der Reichsregierung wurde allgemein gebilligt und es wurde beschlossen, folgende Kundgebung an die Arbeiter, Angestellten und Beamten der besetzten Gebiete zu richten:

Die Reichsregierung hat in dem öffentlichen Aufruf an das deutsche Volk von der bitteren Notwendigkeit der Aufhebung des passiven Widerstandes Kenntnis gegeben. Der Zusammenbruch der deutschen Währung, die Unmöglichkeit, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten, dem deutschen Volk bei Fortdauer des rasenden Marksturzes auch nur das trockene Brot zu sichern, sind die Ursachen ihres Beschlusses. Ohne die

Stabilisierung der deutschen Währung

Stabilisierung der Währung ist eine Befreiung der Verhältnisse unmöglich. Sie kann nur erreicht werden, wenn der Arbeit der Notwendigkeit Einhalt geboten wird. Das kann wiederum nur geschehen, wenn das bisher unterdrückte Fünftel der deutschen Bevölkerung zur Arbeit zurückkehrt, also den passiven Widerstand aufgibt. Die am 27. September in Gießen stattgehabte Konferenz der Organisationsvertreter der besetzten Gebiete richtet an ihre Mitglieder die dringende Aufforderung, unverzüglich den entsprechenden Weisungen ihrer Organisationsleitungen zur Aufhebung der Arbeit Folge zu leisten. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit werden von den gewerkschaftlichen Organisationen geführt. Die Konferenz fordert für die Übergangszeit die Fortführung der Erwerbslosenfürsorge in angemessener Höhe und Bereitstellung von Mitteln für produktive Notstandsarbeiten, ferner die verschärfte Anwendung der Betriebszuteilungsverordnung, erhöhten Schutz der Arbeitnehmer gegen Entlassungen und willkürliche Einführung von Kurzarbeit. Die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung ist sicherzustellen, die Preisbildung schärfstens zu überwachen, dem Wucher nachdrücklich entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Seid Euch darüber im klaren: Eure Existenz und Zukunft sind abhängig von der Aufrechterhaltung geordneter Zustände im Innern und des unverletzten Bestandes der Republik.

Wer den Bestand des Reiches in diesen gefährlichen Tagen durch Wort und Tat angreift, wie dieses von rechts- und linksradikaler Seite geschieht, wird zum Totengraber Eurer Hoffnungen,

Die innerdeutsche Krise.

Mißtrauen in Frankreich.

Paris, 28. September. (Coa.) Den Vorgängen in Bayern schenkt man in hiesigen Kreisen die allergrößte Aufmerksamkeit. Marcel Kay äußert sich im „Petit Journal“ wie folgt: Herr von Kahr, der im Einvernehmen mit der Berliner Regierung handeln soll, ist ein Monarchist. Er ist ein Vertrauensmann des Prinzen Rupprecht, des bayerischen Kronprinzen. Man weiß nicht recht und vielleicht weiß er es selbst nicht, ob er Separatist ist. Wenn der Prinz Rupprecht Kaiser von Deutschland werden könnte, würde v. Kahr für das Kaiserreich sein. Dagegen wird er für die Abfallbewegung stimmen, wenn der Prinz nur den Thron Bayerns besteigen wird. Ludendorff und Hitler sind dagegen die Männer Wilhelms II. Sie arbeiten für die Rückkehr der Hohenzollern. Ruh man daraus folgern, daß v. Kahr gegen Hitler und Ludendorff in den Krieg ziehen wird? Nicht doch. Sie beraten und beratschlagen vielmehr zusammen. v. Kahr überwindet Ludendorff und Hitler und wird von ihnen selbst überwacht. Je nachdem marschieren sie zusammen oder gegeneinander. Die Anhänger Wilhelms II. und des bayerischen Kronprinzen sowie die Kommunisten selbst machen sich über den passiven Widerstand und die Reparationen lustig. Ihnen kommt es nur auf die Fortsetzung einer Propaganda an, aus der eine jede dieser drei Gruppen Vorteile ziehen will, bis schließlich die Totenglocke der Republik tönen wird. Die Berliner Regierung hostet ihrerseits von den Eisenfächeln ihrer Gegner zu profitieren und rechnet auf die Unterstützung der sozialistischen Staaten Sachsen, Thüringen, Baden und Württemberg, indem sie sie gegeneinander auszuspielen versucht. Auf diese Weise hält sie sich in einem schrecklich unsicheren Gleichgewicht. Selbstverständlich hat sie es mit einem gefährlichen Spiel zu tun, zumal für eine mittellose Regierung, und das Gleichgewicht kann von einem Augenblick zum anderen zusammenbrechen, ohne daß es sich voraussehen läßt, ob dieser Bruch der äußersten Rechten oder der äußersten Linken zustatten kommt.

An ähnlichen Gedankengängen bewegt sich Vertinaz im „Echo de Paris“. Er kommt zu folgender Schlussfolgerung: Die Reichsregierung sollte, wenn sie zur Verteidigung der bestehenden Einrichtungen entschlossen ist, sich die Uneinigkeit ihrer Gegner zunutze machen, doch fragt es sich, ob Stresemann aus den Zudungen des Nationalismus die Mittel schöpfen will, Frankreich einzuschüchtern und die angelsächsische Welt in Erregung zu bringen.

Beforgnisse in England.

London, 27. September. (Wib.) Die erste Entwicklung in Deutschland bildet das Hauptthema der gesamten Presse. Ueber die Bedeutung der Maßnahmen für Bayern und das Reich scheint beträchtliche Unklarheit zu herrschen. Ein Teil der Presse gibt der Ansicht Ausdruck, die Bekleidung Geylerters mit außerordentlichen Vollmachten für Deutschland sei gegen die bayerische revolutionäre Bewegung gerichtet. Von anderer Seite wird zum Ausdruck gebracht, daß die Ernennung v. Kahrs den Zweck verfolge, die Bewegung Hitlers niederzuhalten, der von manchen Blättern als

begeht ein Verbrechen am deutschen Volk. Die Konferenz ruft die Arbeitnehmer der besetzten Gebiete zur entschlossenen Abwehr der landesverräterischen und volksverderblichen Bestrebungen der Separatisten aller Art auf. Zwischen ihnen und Euch darf es keine Gemeinschaft geben. Hier gilt nur eins: Kampf bis zum äußersten! Rhein und Ruhr bleiben bei Deutschland in ihrem bisherigen staatlichen Verhältnis innerhalb der deutschen Republik.“

Frankreich und die Ruhrkrise.

Paris, 28. September. (Wib.) Im „Devoir“ wird auseinandergesetzt, daß nach der offiziellen Notifizierung der Zurückziehung der Verordnungen über den passiven Widerstand die französische Regierung in der Lage sei, ihre beiden Verpflichtungen zu verwirklichen, nämlich die Unsichtbarmachung der Besetzung und die Wiederaufnahme der Verhandlungen, d. h. mit den anderen Nationen der Entente die gemeinsame Erörterung der Vorschläge aufzunehmen, die die deutsche Regierung zu drei verschiedenen Malen gemacht hat, und die Erörterungen derjenigen, die sie sich anschickt noch zu unterbreiten. Es sei schon angedeutet worden, daß, was den letzten Punkt anbetreffe, die französische Regierung die verschiedenen Vorschläge an die Reparationskommission weiterleiten werde, die der einzige qualifizierte Organismus sei, um den Versailler Vertrag zu interpretieren und die Modalitäten seiner Ausführung zu bestimmen.

Die Ausführungen des „Devoir“ spiegeln offensichtlich die Stimmung in linksdemokratischen Kreisen Frankreichs wieder, die ebenso wie die Arbeiter auf eine schnelle Lösung der Ruhrkrise hinarbeiten. In welchem Maße jedoch die französische Regierung dieser Stimmung Rechnung tragen und ihre Zusicherungen erfüllen will, ist vorläufig noch nicht klar ersichtlich.

Gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Paris, 28. September. (Wib.) Die kommunistische Partei Frankreichs verurteilt anlässlich der Ereignisse in Deutschland einen Aufruf an das französische Proletariat, in dem gegen die Zerstückelung Deutschlands und gegen eine bewaffnete Einmischung in Deutschland protestiert wird. Auch die gewerkschaftlichen Organisationen kommunistischer Richtung fordern auf, den Kampf gegen den Krieg vorzubereiten. Alle Anhänger der Gewerkschaften müßten ihre Propaganda gegen die Ruhrbesetzung richten und für die Räumung der besetzten Gebiete eintreten, aber auch Stellung nehmen gegen die separatistische Politik.

Monarchist, von anderen als Kommunist dargestellt wird. In offiziellen Kreisen wird weiterhin die Entwicklung der Dinge mit Besorgnis verfolgt.

„Times“ schreibt in einem Leitartikel u. a.: Weder ein bayerischer Putsch, noch eine rheinländische separatistische Bewegung würden Deutschland aus seinen Schwierigkeiten helfen. Die Bezahlung von Reparationen würde ihm nicht erlassen werden, und es sei klare Pflicht, jetzt zusammenzukommen und Deutschland genau wissen zu lassen, was von ihm erwartet werde. Deutschland habe ein endgültiges und vernünftiges Angebot vom 7. Juni gemacht, und auf diese Rate habe noch keine alliierte Macht geantwortet. Zweifellos habe sich die Lage geändert und ändere sich dauernd. Die Ansicht, die im Januar bestanden haben könnte, würde im Oktober eine Wänderung erfahren. Die Anwesenheit der Premierminister der Dominions in London biete eine neue Gelegenheit für Großbritannien, seine Haltung bei der Frage des Reparationsproblems geltend zu machen und mit der Unterstützung des gesamten britischen Gemeinwehens eine Rolle bei seiner Lösung zu spielen, was seiner großen Tradition würdig sei.

„Westminster Gazette“ schreibt: Die meisten Leute würden Baldwin Rede mit höchster Bewunderung lesen. Es sei sehr hohe Zeit, daß Baldwin erkenne, daß man keine befriedigende Lösung erhalten kann, wenn man auf die Methoden zurückgreife, die die Koalition (mit Frankreich) in Mißkredit gebracht haben. Es sei sehr zu bezweifeln, ob Baldwin den Ernst des Augenblicks erkenne. Deutschland stehe am Rande des Bürgerkrieges.

Stamer bei Curzon.

London, 28. September. (Wib.) Lord Curzon empfing gestern nachmittag den deutschen Botschafter Stamer im Foreign Office.

Baiffestimmung an der Börse.

Die gestern von der Reichsregierung angeforderten erheblichen Kredite, sowie die heute veröffentlichten Ziffern des Reichsbankausweises vom 15. September, aus dem eine Steigerung des Notenumlaufes auf das 2½fache sich ergibt, lassen die Währungs- und Finanzverhältnisse erneut als völlig hofflos erscheinen. Infolgedessen beginnt der Kurs der Mark sich wieder rascher zu senken. Auch die rapide fortschreitende Teuerung im Inlande fordert die Baiffestimmung für die Mark. Nur die etwas ruhigere Beurteilung der innenpolitischen Lage würde heute einer neuen katastrophalen Entwicklung am Devisenmarkt entgegen. Der Dollar schwankte in der ersten Börsensunde zwischen 170 und 180 Millionen.

Im Effektengeschäft rief das reichliche Geldangebot zu 2 Proz. und darunter, sowie das Ausbleiben der erwarteten Uruhen ein Steigen der Kurse hervor.

Hitler und Kahr.

Der gestrige Tag galt für Bayern als ein kritischer Tag erster Ordnung. Er ist ruhig verlaufen. Der neue Generalstaatskommissar hat die vierzehn Hitler-Versammlungen, die als Auftakt des allgemeinen Losbrechens gedacht waren, verboten, und das Verbot ist durchgeführt worden. Das Prestige, das sich die nationalsozialistischen Madaubrüder in den Augen einer gläubigen und politisch unwissenden Anhängererschaft erworben hatte, hat damit einen empfindlichen Schlag erlitten.

Leider ist der Optimismus nicht erlaubt, daß damit in Bayern alles in Ordnung gebracht sei. Denn die bayerische Regierung, die Herrn v. Kahr zu ihrem Generalbevollmächtigten mit unbeschränkten Vollmachten ernannt hat, steht zwischen der völkischen Bewegung und der Berliner Regierungspolitik in einer eigenartigen Zwitterstellung. Sie hat gewiß ein Interesse daran, sich die Verlegenheiten zu erparieren, die ihr aus einem eigenmächtigen und unüberlegten Vorschlagen der Völkischen entstehen könnten. Aber die Republik und die Verfassung von Weimar sind ihr verhaßt, monarchistische und nationalsozialistische Strömungen finden bei ihr mehr Verständnis und Pflege als die Einsicht in die geschichtlich gewordenen Notwendigkeiten, nach denen sich die Politik des Reiches orientiert.

Was insbesondere Herrn v. Kahr betrifft, so ist er geradezu Typ und Repräsentant der weißblauen Reaktion. Ein beschränkter Fanatiker, dem von gefährlichen Freunden Glauben an seine Mission beigebracht worden ist, läßt er sich nur von dem einen „Grundgedanken“ leiten, daß in Deutschland der Entscheidungsschritt zwischen dem christlich-germanischen Geist und dem international-jüdischen entbrannt sei. Diesen „Gedanken“ hat er in unzähligen Reden pariert, und nach dieser Schablone teilt er die deutsche Menschheit in Schafe und in Böde. Es ist klar, daß bei dieser Methode zu unterscheiden: Republik, Weimar, Sozialdemokratie und Koalition mit ihr, Reichsregierung, Sachsen, Thüringen usw. auf die international-jüdische Seite zu stehen kommen, Wittelsbacher, Hohenzollern, Hitler, Ludendorff usw. aber auf die christlich-germanische. (Dies obwohl der klügere Rupprecht erst neulich der bayerischen Judenschaft versichert hat, die jüdischen Bayern ständen seinem landesväterlichen Herzen genau so nahe wie die christlichen.)

Herr v. Kahr glaubt sicher nicht, daß seine politische Sendung mit dem Verbot von Hitler-Versammlungen erschöpft sei. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident, der seine Machtstellung dem Kapp-Putsch verdankt, fühlt sich zu höheren Dingen berufen. Mit den Nationalisten und Völkischen, von denen ihn einige taktische Differenzen trennen, verbindet ihn eine tiefere Seelenverwandtschaft. Erfreulicherweise — dem Klarheit ist immer etwas Erfreuliches — wird diese Auffassung gerade von der ihm nahestehenden Presse bestätigt. Kein Berliner Blatt war jemals ein lauterer Lobfänger des Herrn v. Kahr als die „Kreuzzeitung“. Die aber schreibt über ihn:

Der Gegensatz Kahr-Hitler wird besonders von der demokratischen und sozialdemokratischen Presse betont. Er bildet den Grund, warum man glaubt, sich mit der Ernennung v. Kahrs, dem früher verfahrenen und über besonderten „Blutkahr“, zum Generalstaatskommissar in Bayern abfinden zu können. v. Kahr soll plötzlich also gut genug dazu sein, die demokratisch-sozialdemokratische Herrlichkeit gegen drohende Gefahren zu retten. Man traut ihm zwar nicht, hat aber nichts dagegen, wenn er die Kasanien für gewisse Leute, die ihre große Rolle weiter spielen wollen, aus dem Feuer holt. Zu dem Verhältnis von Kahr zu Hitler liegen im übrigen widersprechende Nachrichten vor. Die Versammlungen der Nationalsozialisten sollen zwar verboten sein, nach Informationen des „Tag“ aber ist mit einer reibungslosen Zusammenarbeit der beiden Richtungen zu rechnen, da kein Grund ersichtlich sei, der die beiden Richtungen trennen könnte. Nebenfalls sind alle derartigen Redungen vorsichtig aufzunehmen, zumal von hier aus die Verhältnisse in Bayern überhaupt nicht zu überblicken sind. Wir möchten aber meinen, daß die beiden Richtungen gleicher nationaler Staatsauffassung einen Kampf gegeneinander ausschließen sollten. Die nächsten Tage werden mehr Klarheit bringen. Solange halten wir mit einem Urteil über den eingetretenen politischen Zustand zurück.

Der „Kreuzzeitung“ ist wahrscheinlich selber nicht ganz wohl zumute, wenn sie die Dinge so darstellt, als handle es sich einzig und allein um die Rettung der „demokratisch-sozialdemokratischen Herrlichkeit“. Wir würden auf diese „Herrlichkeit“, die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Regierung der großen Koalition mit einem Freundschaftsschrei verzichten, wenn wir nicht wüßten, daß dieser Verzicht unter den gegenwärtigen Umständen zur Auflösung jeder staatlichen Ordnung, zum offenen Chaos, zur Katastrophe für das deutsche Volk und seine Arbeiterklasse führen würde. Die Völkischen arbeiten offen auf diese Katastrophe hin, und eben darum hat sich die bayerische Regierung hemmlich gesehen, von sich aus den Ausnahmezustand zu verlangen, eben darum hat sie den verzweifelten Versuch unternommen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, in dem sie gerade Herrn v. Kahr zum Generalstaatskommissar ernannte.

Man kann doch wirklich nicht behaupten, daß der Ausnahmezustand in Bayern wegen einer dort drohenden kommunistischen Gefahr verhängt worden sei. Mit dieser Gefahr wäre auch Herr Schwenker sehr bequem fertig geworden, zumal der Kommunismus seit der blutigen Münchener Tollhauskomödie, der sogenannten Räteherrschaft, total

abgekauft hat. Er hätte zu diesem Zwecke nicht Herrn v. Kahr berufen müssen, der sein inimischer Gegner ist und der sich bis in die letzte Zeit hinein von Versammlungen fern hielt, in denen Herr Schweyer, sein Vorgänger, beschimpft und ausgezinkt wurde. Nein, der Ausnahmezustand ist in Bayern nicht wegen der „Jüdisch-Internationalen“ verhängt worden, sondern wegen der „Christlich-Germanischen“.

Diese sollen aber nun auf einmal total harmlos geworden sein. Die „Kreuzzeitung“ beruft sich auf die neueste Erklärung Ludendorffs, in der er sagt, die Behauptung, er wolle Revolution machen, sei „glatt erfunden und völlig grundlos“, und sie nennt diese von der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei aufgestellte Behauptung eine „gehässige und unwahre Unterstellung“.

Hitler und Knilling, Kahr und Ludendorff, das sind alle in den Augen der „Kreuzzeitung“ herzensgute Leute, es sind lauter christliche Germanen, die gehören zusammen im Kampfe gegen die jüdische Internationale, die von Ebert, Seoding, Sölkemann, Stresemann, Gessler usw. repräsentiert wird. Trotzdem wird aber die „Kreuzzeitung“ gewiß nicht zugeben wollen, daß die Behauptung, die man in Berliner und Münchener republikanischen Kreisen gegen den Herrn v. Kahr als Generalstaatskommissar hat, berechtigt sind. Denn auf Logik kommt es in diesem Fall am allerwenigsten an.

Die Reichsregierung ihrerseits hat nun freilich auf Logik nicht verzichtet wollen, und darum hat sie dem bayerischen Ausnahmezustand unmittelbar den Reichs-Ausnahmezustand folgen lassen. Sollte dieser auch in Bayern wirksam werden, so mußte es der militärische Ausnahmezustand sein. Es gibt keine zivile Reichsverwaltung, es gibt aber eine militärische. Diese ist unter der parlamentarischen Verantwortung des Kabinetts in Bewegung gesetzt worden. Es hat sich in den letzten Tagen in Bayern das Spiel von Teufel und Beelzebub zweimal wiederholt, und es hat zweimal erstaunte Gesichter gegeben: das erstmal bei Hitler, als er erfuhr, daß Herr v. Kahr als Generalstaatskommissar gegen ihn eingesetzt worden sei, das zweitemal aber bei Herrn v. Kahr selbst, als er die Mitteilung erhielt, daß der Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt und General v. Lossow zum Militärbefehlshaber in Bayern eingesetzt sei.

Das Spiel, das in Bayern um Bayern und um das ganze Reich gespielt wird, ist also noch nicht zu Ende, weil gefehert unter dem Eindruck eines polizeilichen Verbots die Abhaltung einiger nationalsozialistischer Versammlungen unterblieb. Es hat erst begonnen, und es verdient, auch weiter mit schärfer Aufmerksamkeit verfolgt zu werden.

Die Berechtigung dieser Ausführungen wird durch eine neue Mitteilung erhärtet, die uns soeben zugeht. In einer gestern abend in München abgehaltenen, stark besuchten Vertreterversammlung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns sprach deren Vorsitzender, Professor Bauer-München, über die Lage in Bayern, und der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, Geisler-Berlin, über die Lage im Reich. Die Schlussfolgerungen der Referenten wurden in folgender Entschiedenheit niedergelegt:

Der schmachvolle Verlust des Ruhrtampfes hat aufs neue einbringlich bewiesen, daß im parlamentarischen System die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften jeden Freiheitstapf Deutschlands und jede Beförderung der wirtschaftlichen Lage zu verhindern mögen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die parlamentarischen Regierungen im Reich und in Bayern in Erkenntnis ihrer eigenen Unzulänglichkeit durch Übertragung ihrer Befugnisse an Diktatoren der politischen Herrschaftsform der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, dem parlamentarischen System, selbst den Todesstoß verleiht haben. Zu Herrn Stresemann haben die Vereinigten Vaterländischen Verbände zumal nach dem vollständigen Bankrott seiner Innen- und Außenpolitik kein Vertrauen. Dagegen fordern die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns jeden vaterländisch gesinnten Bayern auf, sich hinter Herrn v. Kahr zu stellen, um dadurch zur Wiederherstellung der Staatsoberhaupt im völkischen Sinne und zur Bewahrung der Reichs-

einheit beizutragen. Die Regierenden im Reich und in Bayern werden von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden aufgefordert, sich unzerzückt von dem erpreßten Schandvertrage von Versailles loszusagen, die allgemeine Wehr- und Arbeitspflicht und umfassenden Schutz der Arbeit vor Terror einzuführen, sowie gegen das international gesinnte Verbrechen rücksichtslos vorzugehen und die Ernährungsfrage unverzüglich zu lösen.

Die Vaterländischen Verbände erlassen damit eine förmliche Kriegserklärung an den Reichskanzler Dr. Stresemann und an die verfassungsmäßige Regierung des Reichs. Führer dieser Verbände in Bayern ist der Generalstaatskommissar v. Kahr, und erlassen ist diese Kriegserklärung eben am dem Abend, an dem Kahr's Polizei die Abhaltung der nationalsozialistischen Versammlungen verhinderte. Ein Zusammenarbeiten der Reichsregierung mit dem „Generalstaatskommissar“ wird offenbar von diesem selbst nicht beliebt. Desto notwendiger ist also ein Zusammenarbeiten der Reichsregierung mit dem Militärbefehlshaber, den sie von rechts wegen eingesetzt hat, und der die Probe auf das Exempel zu liefern hat, ob sich das Reich auf die Reichswehr verlassen kann.

Der Ausnahmezustand in Sachsen.

Dresden, 28. September. (Zl.) Generalleutnant Müller erteilt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Anordnung des Reichswehrministers verordne ich folgendes:

1. Die vollziehende Gewalt ist vom 27. September ab auf mich übertragen. Die Regierungen und Behörden bleiben in Wirksamkeit.
2. Den Offizieren und Offiziersdiensttuenden der Reichswehr verleihe ich die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
3. Der Druck und Vertrieb von Flugblättern, die sich mit politischen Angelegenheiten befassen, sowie das Erscheinen neuer Zeitungen oder Zeitschriften bedarf meiner Genehmigung. Anträge sind bei den zuständigen Disziplinärbehörden zu stellen.
4. Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind untersagt. Politische Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen meiner Genehmigung.
5. Verboten ist jede Betätigung, die darauf gerichtet ist, durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen lebenswichtige Betriebe stillzulegen. Als lebenswichtige Betriebe gelten insbesondere die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Elektrizität und Wasser, alle Bergwerke, z. B. Kohlen- und Kaliverke sowie die damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, ferner Städtewerke, Brot-, Teig- und Zuckerfabriken.
6. Alle Ansammlungen in den von den Kommandanturen und Stadt- und Disziplinärstellen festzusetzenden Sammelstellen und Kasernen sowie öffentlichen Dienstgebäuden werden hiermit untersagt.
7. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung, Aufforderung oder Anreizung dazu werden gemäß § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten bestraft.

Diese Verordnung des Militärbefehlshabers, die scharf in die Befugnisse der sächsischen Landesregierung eingreift, ist geeignet, in Sachsen heunruhigend zu wirken. So notwendig es ist, die Vollzugsgewalt in diesem Augenblick in einer Hand zu konzentrieren, so gefährlich wäre es, die Empfindlichkeit einzelner Landesregierungen über das notwendige Maß hinaus zu berühren und auf diese Weise neuen Explosivstoff zu schaffen. Es wird deshalb ratsam sein, dem Wunsch Sachsens nach einem Zivilkommissar, der die Vermittlung zwischen dem Militärbefehlshaber und der Landesregierung übernimmt, nachzukommen.

Das Dresdener Parteiblatt für Soldaten verboten?

Nach der „Dresdener Volkszeitung“ ist auf dem sächsischen Truppenübungsplatz in Königsbrunn und wahrscheinlich auch anderwärts folgendes Schriftstück ausgehängt: „Disziplinärbefehl 440, Stabsbefehl 24. September 1923. Auf Grund des § 36 des Wehrgesetzes verbiete ich die „Dresdener Volkszeitung“ für alle Soldaten der Wehrmacht.“ Der Reichswehrminister.“

Kultur und Republik.

Auf Veranlassung der Liga Junge Republik hielt am Mittwoch der Reichskunstwart Dr. Redlob einen Vortrag „Die Republik als Trägerin einer aristokratischen Kultur“, der das Interesse der breitesten Öffentlichkeit verdient. Aus der jüngsten Vergangenheit, so führte Dr. Redlob aus, hängt uns noch viel als unfelleges Erbe an, das wir nicht aufgeben wollen und das uns an der Entwicklung zum echten und freudigen Republikaner behindert. Es wäre billig, die Kultur der Monarchie zum Gegenstand zersetzender Kritik zu machen, ihre Hohlheit aufzuzeigen und damit die Lächer auf seine Seite zu bringen. Aber da aus dieser Zeit zu viel übergeblieben ist, so muß man darauf hinweisen, um es bekämpfen zu können. Eine Erörterung darüber ist bitter nötig, auch in diesen Tagen der Spannung und Geladenheit oder gerade wegen dieser Zeit, in der es gilt, Klarheit zu schaffen.

Der Vorgänger des jetzigen Reichskunstwarts war Wilhelm II. Sein Gedanke, daß dem Künstler Gelegenheit zur Gestaltung gegeben werden müsse, war durchaus richtig. In seinem Verhalten zum Kunstlerum war das einzig Positive die Erkenntnis, daß ein Auftragswille nötig ist. Da der Kaiser Diktator und noch dazu despotischer Diktator war, ließ er aber dem Künstler nicht freie Hand in der Formgebung des Auftrags, sondern bestimmte bis in die Einzelheiten, was er zu sehen wünschte. Grundbedingung jedes künstlerischen Schaffens ist absolute Freiheit — ein Gedanke, für den im Kopf des Kaisers kein Platz war. Er konnte nur solche Künstler brauchen, die keine Persönlichkeiten waren, die ihre Arbeit auftragsgemäß erledigten, berufsmäßig und daher häufig waren. Dadurch wurde dem Künstler das Produktive genommen, er wurde Hoflieferant. Was mit dieser kaiserlichen Einstellung erreicht wurde, dafür haben wir ein trauriges Dokument, die Siegesallee, dies Sinnbild eines falsch verstandenen Kulturwillens. Die Absicht war begründbar und richtig: einer Reihe von Künstlern wurde eine Gelegenheit gegeben. Herausgekommen ist eine disziplinierte aufmarschierte militärische Formation.

In der kaiserlichen Zeit stand der künstlerische Mensch abseits und — fühlte sich wohl dabei. Denn er paßte nicht in das bürgerliche Milieu hinein, in dem der Reserveoffizier als das erstrebenswerte Ideal galt. Als verdächtig, er könnte mit selbständigen und neuen Ideen kommen und an dem bewährten Alten rütteln, war der geistige Mensch überhaupt nicht gewollt. Der Künstler geht seine eigenen Wege, er ordnet sich nicht unter. Er ist in seiner Art selbstherrlich, er vertritt, natürlich nicht im politischen, sondern im kulturellen Sinne das aristokratische Prinzip in der Demokratie. Nur in einem wirklich freien Staatswesen kann der frei Schaffende herangeholt werden. Die Republik ist die Trägerin einer im kulturellen Sinne aristokratischen Kultur.

Ist sie es auch bei uns? Du lieber Gott, statt die Siegesallee puppen vermehren, mit Efeu überwuchern zu lassen und sie dadurch der Natur zurückzugeben, wäscht man sie in falsch verstandener Pietät jedes Frühjahr von neuem ab und läßt die Marmornippes mit ihrem schreienden Weiß weiter die Harmonie des Parkes und der Natur zerschneiden. Werden irgendwo Bauten ausgeführt, so entscheidet über die äußere Gestaltung nicht der frei Schaffende, sondern der Fassadenreferent am grünen Tisch in Berlin. Gerhart Hauptmann wird gefeiert und mit Recht gefeiert, aber auch er gehört bereits der Vergangenheit an. Die junge Generation ist nicht anerkannt: Loller sitzt noch wie vor im Gefängnis. Es ist traurig, aber es muß ausgesprochen werden: Wir haben nicht den Mut zu unserer Zeit. Unsere Republik droht eine starke Geheimräuberrepublik zu werden, wenn wir nicht die Gefahren aufzeigen, die uns die Freude an der freien Republik verbittern. Die geistigen Menschen sind kein Luxus; sie sind notwendig und sollen herangeholt werden. Sie dürfen nicht mehr abseits stehen.

Ebenso notwendig ist diese Abrechnung mit dem Gestern und dem Heute, in dem noch das Gestern lebendig ist.

„Schneeflöckchen“.

(Uraufführung in der Großen Volkoper.)

Bierzig Jahre nach seiner Entstehung feiert dieses Märchenstück des Petersburger Musikpapstes Rimsky Korsakoff seine deutsche Uraufführung. In Russland durchaus populär, hat es bei uns kaum Aussicht, der Bühne erhalten zu bleiben. Die Gründe dafür zu zeigen, ist nicht schwer.

Mit ganz schlaffer Hand zimmert der Russe Akte, nein, Bäder, deren Rahmen endlos, deren Farben vermählt, deren Symmetrie aber mathematisch genau ist. Zwei Menschen etwa treffen sich: jeder singt sein Lied. Ein Hülferufender geht zum Jaren; er predigt Arten. Anfang und Mitte und Schluß: hinbelehene Chöre. Zwischendurch immer wieder Lied und Lied. Kein Anprallen, kein Höherführen, kein Charakterisieren, alles weich und schön und endlos lang und solistisch. Haut und Organe ohne Knochen, ohne Nerven. Das Rezitativ ist zum Schema, die Aktion zur Starrheit, das Menschengemut zum Preisfertigkeitum verdammt. Jeder singt nur Wirkung, und Effekt ging verloren in diesen rassenhaft wehmütigen Gesangslinien, und auch die Tänze werden einseitig, einfüßig. Laßt das Spiel beiseite und singt zur Pantomime. Das Werk und sein Eindruck ändert sich nicht. Dabei sind im „Schneeflöckchen“ sicher zehn Tänze und Kavalkaden von schönster sinnlicher Prägung, einfach, schlicht, vornehm auf klug verteilte Orchesterstimmen gebaut. Keine schroffen Reibungen stören die Glätte ihrer Melodie, die jedem klingt und keinem etwas von den Menschen selber sagt. Es fehlt das Profil, der Charakter, die Beziehung zur Darstellung und in diesem Einseitigkeit erreicht jede Bewogung der „Akte“, auch wenn sie Leben vorpiegeln wollen, wo nur Puppenherd ist.

Die Personen und Geschehnisse des Schneeflöckchenstücks sagen, bedeuten uns gar nichts. Auch eine geheimnisvolle Symbolik bleibt

Wie aus dem Datum zu ersehen, ist dieser Befehl ergangen, bevor der Reichswehrminister zum Träger der vollziehenden Gewalt im Reich ernannt wurde. Welche Gründe für die Herausgabe des Befehls maßgebend waren, ist nicht angegeben. Es ist deshalb der Phantasie breiter Spielraum gelassen und so ist es begreiflich, daß man in Sachsen auf die Begrenztheit des dortigen Ministerpräsidenten gegen Gessler, die selbstverständlich auch in unserem Dresdener Parteiblatt sich widerspiegelt, als Anlaß des kuriosen Verbotes tippt.

Wir vermuten, daß der Reichswehrminister persönlich diesen kleinen Befehl überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hat, sondern daß irgendeines seiner untergeordneten Organe mit seinem Titel die Anordnung selbständig herausgab. Es ist wohl zu erwarten, daß der Reichswehrminister, besonders da er jetzt der Träger der vollziehenden Gewalt in ganz Deutschland ist, also wichtigere Dinge zu erledigen hat, als solche Nabelschmerzmittel, diese Anordnung irgendeines Untergebenen alsbald aufheben und damit einen Grund zu allerhand peinlichen Vergleichen mit der Vorkriegszeit aus der Welt schaffen wird.

Ende einer Landratshefte.

Ein nicht alltäglicher Prozeß fand am Dienstag vor der Strafkammer in Dels statt. Wenn wegen eines kleinen Angestellten des Kreises Trebnitz, der vor 3 Jahren die Abfertigungsprämie für 204 Gewehre veruntreut hat und im wesentlichen geflüchtet ist, außer einem Aufgebot von 30 Zeugen ein Vertreter des Innenministeriums und der Generalstaatsanwalt in Person erschienen, so ist dies gewiß auffällig. In Wirklichkeit handelte es sich auch nicht um den Angeklagten, den ehemaligen Kreisangehörigen Boals, sondern um den ehemaligen Landrat im Kreise Trebnitz, Genossen Menzel, und den demokratischen Führer Dr. Köbisch. Von diesen beiden — so hatte Boals behauptet — sei er zu seiner Tat angestiftet worden, und diese Beizichtigungen hätten zu einer maßlosen Heße der mittelständischen Reaktionäre gegen Menzel und Köbisch geführt. Bedauerlicherweise ließen sich unter dem Druck dieser Verleumdungskampagne der damalige Innenminister Dominicus und der Regierungspräsident von Breslau, Janicek, bestimmen, den Landrat Menzel von seinem Posten zu suspendieren und ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten. In dem langwierigen Lauf dieses Verfahrens vermittelte sich Boals jedoch immer mehr in Widersprüche, so daß der inzwischen ins Amt gelangte Genosse Severing die Suspendierung Menzels aufhob und auch ein gegen Köbisch und Menzel eingeleitetes Strafverfahren zum Stillstand kam. In der Verhandlung am Dienstag brach Boals völlig zusammen. Er widerrief fast seine sämtlichen Anschuldigungen gegen die beiden Hauptzeugen, die alle seine Beizichtigungen als lächerliche Erfindungen brandmarkten. Das Gericht beschloß, die Beizichtigung der Zeugen Köbisch und Menzel, da ein Verdacht gegen sie nicht mehr bestände, nachdem Boals sich in der heutigen Verhandlung als kompletter Lügner herausgestellt hatte. Boals selber erhielt 6 Monate Gefängnis.

Mit dieser Verhandlung ist eine dreijährige deutsch-nationale Heßkampagne, die durch eine Flut von Anträgen im preussischen Landtag gestützt wurde, restlos zusammengebrochen. Als einer ihrer Urheber und gleichzeitig Verfasser leichtfertiger Denunziationen entpuppte sich übrigens der deutsch-nationale Kreistagsabgeordnete Graf Ködorn. Es muß aber konstatiert werden, daß die Früchte dieser Heße im Gefalt der Suspendierung des republikanischen Landrats nur unter der Aera Dominicus reifen konnte. Genosse Dr. Menzel amtiert bereits seit einiger Zeit wieder bei der Regierung in Magdeburg.

Die Verhaftungen in Moskau.

Die Redaktion des „Sozialistischen Voten“ teilt uns anlässlich der kürzlich veröffentlichten Regierungsmitteilung über die Verhaftungen in Moskau folgendes mit:

Zusammen mit einer Gruppe von Meinungsfreunden ist der alte Volksheld und früheres Mitglied des Zentralkomitees K. Bogdanow verhaftet worden. Bogdanow ist als national-ökonomischer und philosophischer Schriftsteller in russischen Kreisen allgemein bekannt. In letzter Zeit beschäftigte er sich viel mit Fragen der proletarischen Kultur. Den maßgebenden Partei- und Regierungskreisen stand er in den letzten Jahren fern und die offiziellen Parteinstanzen beschuldigten ihn, daß er der Inspirator der oppositionellen Arbeitergruppe innerhalb der kommunistischen Partei Russlands sei, die in der illegalen Presse unter dem Namen „Gruppe der Arbeiterwahrheit“ hervorgetreten ist.

unerkärt. Vater Frost und Mutter Frühlingsssee haben ein Kind, Schneeflöckchen, das sich nach Menschen sehnt. Sie geht ins Dorf und sieht den Hirten, den alle Mädchen lieben. Sie bleibt leise und rein, aber Misgir, der Bräutigam Kupabas, fängt Feuer für das Wunder dieser Jungfräulichkeit. Lebt, der Hirte, und Misgir kämpfen auf Jarengeweiß um die Liebe des Kindes. Misgir gewinnt sie. Im ersten Kuch, im ersten Frühlingssrausch der Sonne schenkt sie in den Armen des Liebenden dahin. Jarko aber, der Sonnengott, der jahrelang zürnte, hat mit diesem letzten Opfer, das ihm der Winter brachte, seine Herrschaft wieder angetreten, versöhnt und menschenveröhnend.

An die Monotonie dieser fünf Akte war höchste Arbeit verwandt worden. Daß sie nutzlos verlan ist, wird die Darsteller weder wundern noch bedrücken. Sie haben einem Experiment gedient, das dazu bestimmt sein kann, gründlich im Repertoire der Volkoper Remedur zu schaffen. Nach der „Jarenbraut“, „Schneeflöckchen“, das ist zuviel Petersburger Allerteil. Mit Ehren seien die Vermittler genannt: Kapellmeister Zmeja, die Damen Joki, Schloßhauer, zur Nieden, Raffin, Sevcik, die Herren Blafel, Sauer, Wittmann, Gutmann, Wilinsk. Ernekt als Jar, im letzten Augenblick eingepfropft, trug die Maske Korsakoffs oder eines berühmten und bedrückten Leipziger Philosophen. Aber auch seine streifschichtende Philosophie rettete das Publikum nicht aus der Verfallszeit. Kurt Singer.

Das Neue Volkstheater, das Direktor Heinz Goldberg vor zwei Jahren an die Volkstheater E. B. verpachtet hatte, wird mit dem 1. Oktober d. J. wieder an diesen übergeben. Die Volkstheater E. B. gibt damit das Haus, das in der vorigen Spielzeit von Dr. E. R. Kriepke geleitet wurde und seit Beginn der neuen Spielzeit Direktor Hall vom Theater am Bülowplatz mit unterstand, bereits einige Monate vor dem ursprünglich vorgesehenen Ablauf des Pachtvertrages an Direktor Goldberg zurück. Die Mitglieder der Volkstheater E. B. für die noch in den nächsten Wochen Vorstellungen im Neuen Volkstheater vorgesehen waren, erhalten Umladungen zu Vorstellungen anderer Theater.

Französische Mustermesse auf dem Ozeandampfer. Die französische Regierung hat, wie die „Umschau“ mitteilt, einem Ausschuss, der vor geraumer Zeit erfolgreich drei Kreuzer mit Mustern jenseitiger Art und Propagandamaterial nach allen bedeutenden Welthäfen ausgeschickt hatte, jetzt ein Schiff von 12 000 Tonnen Tragfähigkeit zur Verfügung gestellt, das vollständig mit Standplätzen und Musterzimmer für Ausstellungszwecke eingerichtet werden und dann eine siebenmonatige Werbereise nach Südamerika unternehmen soll.

Die Schulreform der Not — das ist der Sinn der Tagung der entlassenen Schulreformer in der Berliner Universität 30. September bis 4. Oktober. Nebenmann ist eingeladen. Karten in der „Westend“, Wagnersburger Str. 7, und für Augenblicke auch im Landsgemeindehaus, Scharnweberstr. 23.

Der Konare für Heßheit und allgemeine Anstößigkeit, der Anfang Oktober in Halle tagen sollte, ist bis zum März 1924 verlegt worden.

Die deutschen Ansiedler in Polen.

Der Völkerbundrat für die Minderheitsrechte.

Genf, 27. September. (W.T.B.) Der Völkerbundrat nahm heute zu den beiden Gutachten des Internationalen Ständigen Gerichtshofes über Fragen der deutschen Minderheiten in Polen Stellung. Zunächst erließ der brasilianische Delegierte Wello Franco Bericht über das Gutachten vom 10. September, wonach der Internationale Gerichtshof in der Ansiedlerfrage den Völkerbundrat für zuständig erklärt. Der Völkerbundrat müsse daher jetzt einen Entschluß fassen. Der Berichterstatter erinnerte daran, daß die polnische Regierung die für die Ausweisung gültigen Fristen nicht verlängert habe und viele ihres Besitzes beraubte Deutsche infolgedessen nach Deutschland flüchteten. Die dadurch geschaffene Lage könne der Rat nicht entscheiden, solange die polnische Regierung sich nicht über ihre Absichten äußere. Eine neue Schwierigkeit entsehe dadurch, daß mehreren Ansiedlern ihre Nationalität bestritten werde. Begreiflicherweise konnte die polnische Regierung bis jetzt noch nicht zu den Gutachten des Ständigen Gerichtshofes Stellung nehmen. Man müsse sie daher ersuchen, möglichst schnell ihre Auffassung mitzuteilen. Wello Franco schlug die Annahme folgender Entschlüsse vor:

„Der Völkerbundrat nimmt von dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 10. September über die internationalen Verpflichtungen Polens hinsichtlich gewisser Ansiedler deutscher Rasse und polnischer Staatsangehörigkeit Kenntnis und läßt die polnische Regierung ein, ihm vor der nächsten Tagung mitzuteilen, wie sie sich die Regelung der Lage der betreffenden Ansiedler denkt.“

Der Vertreter der polnischen Regierung Stirnunt erklärte, da die polnische Regierung sich ihr Urteil über die Entschlüsse und die Freiheit ihres weiteren Handelns vorbehalten müsse. Der Rat werde nicht bestritten, daß der polnische Vertreter in dieser Versammlung keinen anderen Standpunkt als im Haag einnehmen könne.

Der Rat nahm hierauf die Entschlüsse an. Nunmehr verlas Wello Franco einen Bericht über das Gutachten des Internationalen Ständigen Gerichtshofes vom 15. September über die Anwendung des Artikels IV des polnischen Minderheitenvertrages, wobei der Berichterstatter ebenfalls die Frage der Staatsangehörigkeit gegen Polen entschied. Der Berichterstatter war der Ansicht, daß der Rat die Ausweisung des Ständigen internationalen Gerichtshofes annehmen müsse. Aber auch hier erwächen ebenfalls praktische Schwierigkeiten, da auch in diesem Falle Deutsche, denen die polnische Staatsangehörigkeit abgesprochen wurde, sich nach Deutschland geflüchtet haben und ihre Güter konfiszieren wurden. Es sei daher angebracht, gleichzeitig die aus dem Minderheitenvertrage erwachsenden anderen Fragen der Staatsangehörigkeit in Betracht zu ziehen, über die das englische Komitee eine Note eingereicht habe. — Lord Robert Cecil ergriff darauf das Wort, um auf die Notwendigkeit einer raschen Lösung der Fragen, die sich aus den Artikeln 3 und 4 ergeben, hinzuweisen und als beste Lösung direkte deutsch-polnische Verhandlungen zu empfehlen. Er beantragte die Annahme folgender Entschlüsse:

1. Der Rat nimmt von dem Gutachten des Internationalen Ständigen Gerichtshofes vom 15. September über Artikel 4 Kenntnis.

2. Er nimmt Kenntnis von der Note des englischen Vertreters vom 13. September über die Anwendung des Artikels 3 des Minderheitenvertrages.

3. Er fordert seinen Berichterstatter auf, der polnischen Regierung seine guten Dienste für eine Prüfung dieser Fragen sowie für die Anbahnung von Verhandlungen zwischen der polnischen und der deutschen Regierung anzubieten.

4. Er ersucht den Berichterstatter, bis zur nächsten Tagung einen neuen Bericht vorzulegen.

Stirnunt behielt auch in diesem Falle die Stellungnahme der polnischen Regierung vor. Er erinnerte daran, daß bereits in Dresden direkte Verhandlungen mit Deutschland stattgefunden haben, die unterbrochen wurden. Direkte Verhandlungen seien um so wichtiger, als nicht nur das Schicksal der Deutschen in Polen, sondern auch das Schicksal der Polen in Deutschland geregelt werden müsse. Er forderte Vertagung der von Cecil eingebrachten Entschlüsse, bis er Instruktionen von der polnischen Regierung erhalten habe. — Cecil bestand auf der sofortigen Annahme der Entschlüsse. Hanotiau unterstützte jedoch nachdrücklich den polnischen Vertreter. Cecil betonte darauf, daß die ersten Entschlüsse ganz selbstverständlich seien, da der Rat dem Gutachten des Ständigen Gerichtshofes auf jeden Fall zustimmen müsse, daß aber die anderen Entschlüsse nur als Anregungen zu Handen der polnischen Regierung aufzufassen seien. Nachdem der Präsident ausdrücklich festgestellt hatte, daß es sich nur um Anregungen handele, wurden die Entschlüsse Cecils angenommen.

Die Beschlüsse des Völkerbundrates in der Frage der deutschen Minderheiten in Polen verschärfen die Niederlage, die Polen kürzlich vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag erlitten hat. Die einstimmigen Entscheidungen dieses Gerichtshofes hatten in der Frage des Schutzes der deutschen Minderheiten den polnischen Standpunkt verworfen und die Einhaltung der von der polnischen Regierung unterschriebenen und ratifizierten Verträge verlangt. Der Völkerbundrat hat sich nun auf den Boden dieser Entscheidungen gestellt und Polen unambiguos zu verstehen gegeben, daß es seinen Verpflichtungen nachkommen und durch direkte Verhandlungen mit Deutschland die bestehenden Differenzpunkte aus der Welt schaffen müsse.

Die Schulbehörde in Posen-Oberschlesien hat 90 Proz. der Anträge deutscher Eltern auf (vertragsmäßig „verbürgte“) Errichtung höherer deutscher Schulen abgelehnt; in Rattowig sei der betr. Magistratsbeamte für die Beglaubigung der Unterschriften nicht zuständig gewesen, in Königsbrunn habe der Magistrat für die Beglaubigung kein Dienstiegel benutzt. Dabei ist die Beglaubigung in der von der Behörde angeordneten Weise gesehen.

Ämliche Devisenkurse.

	28. September		27. September	
	Käufer (Geld)-Kurs	Verkäufer (Brief)-Kurs	Käufer (Geld)-Kurs	Verkäufer (Brief)-Kurs
1 holländ. Gulden	62443500	62658500	55860000	56140000
1 argent. Pap.-Peso	53007000	58833000	47481000	47719000
1 belgischer Franc	8279250	8820750	7381500	7418500
1 norweg. Krone	25836500	25463500	22748000	22867000
1 dänische Krone	28829000	28471000	25586000	25684000
1 schwedische Krone	42294000	42506000	37965000	38005000
1 finnische Mark	—	—	8820425	8889575
1 japanischer Yen	78807500	77192500	68827500	69172500
1 italienische Lire	7281750	7818250	6483750	6518250
1 Pfund Sterling	72887800	726812000	648875000	651625000
1 Dollar	159600000	161400000	142044000	142756000
1 französisch. Franc	9775500	9824500	8678250	8721750
1 brasilian. Milreis	15162000	15289000	13765000	13834500
1 Schweizer Franc	28829000	28471000	25586500	25468500
1 spanische Pesta	21945600	22055600	19750500	19849500
100 österr. Kr. (gest.)	—	—	198500	200500
1 tschechische Krone	—	—	4268300	4219700
1 ungarische Krone	—	—	7581	7619
1 bulgarische Peta	—	—	1376850	1383450
1 jugoslaw. Dinar	—	—	1695751	1704250

Automobile.

Wir leiden heute in verhängnisvollem Maße unter dem Einbruch, den das zwiespältige Bild Deutschlands bei dem Oberflächenbeschauer hervorruft. Auf der einen Seite eine wirtschaftliche und finanzielle Kollage, bloßes, kraßes Elend, wie es ärger kaum gedacht werden kann, auf der anderen Seite ein Hervortreten des Luxus und damit eine erhöhte Inanspruchnahme der den Luxus schaffenden Industrien. Natürlich ist dieses Bild, das sich auch in der großen Automobilausstellung am Kaiserdamm darbietet, ein trügerisches. Es ist ein höchst prachtvoll verzierter Koloss auf dünnen Füßen, in Wahrheit kaum mehr als: oben Luft und unten Pfuhl!

In der Ausstellung blinzt es von Lack und Silber. Man darf das nicht zu wörtlich nehmen. Es sind eben Ausstellungsstücke, auf das Beste in einen glänzenden Mantel von Vernickelungen und Brünierungen gekleidet. Trotzdem ist man überrascht, in welchem Maße höchster Wert auf Ausstattung gelegt wird. Spiegelscheiben, kostbare Hölzer, Leder- und Samtpolsterungen sind fast verschwenderisch verwendet, und es muß im Ausland Befremdend wirken, daß gerade dieses arme Deutschland es ist, das die luxuriösesten Autos der Welt herstellt. Auffallend ist, daß so wenig Wert auf die Konstruktion der kleinen Wagen gelegt wird. Jener billige Kleinwagentyp, den Amerika z. B. in so vollendeter Weise serienweise herstellt und der dort von jedem besseren Arbeiter und Angestellten gekauft werden kann, fehlt hier gänzlich. Einige Ansätze, solche Konstruktionen zu schaffen, sind wohl vorhanden. Aber sie laufen auseinander, zerplündern vollständig und von einem festen Plan, hier etwas für die Zukunft zu schaffen, ist nichts zu merken. Wo man es doch versucht hat, sich mit dem Kleinwagentyp abzugeben, ist man zu einer Uebergangskonstruktion im rein Neuberlichen gelangt. Das ist nicht sehr erfreulich, und es ist immerhin ein Verdienst der Ausstellung, daß man allgemein klar erkennt, wie wenig auf diesem Gebiete zurzeit noch bei uns geleistet wird.

An interessanten technischen Neuerungen ist kein Mangel. Die Tropfenautoform ist reichlich variiert, dazu kommt der neuartige, ungewohnt schwerfällig wirkende Typ des Stromlinienautos in Form einer unten abgeflachten dicken Platte, die die Räder in sich schließt und mit einem turmhähnlichen Aufbau. Das Ganze erinnert an ein Panzerautomobil, von dem es sich schließlich nur durch die Kristallglasverkleidung des Turmes unterscheidet. Sehr zahlreich vertreten sind dagegen Kleinautos mit elektrischem Antrieb. Auch bei ihnen sind die Preise verhältnismäßig hoch (etwa 1800 Goldmark). Ueberhaupt wird nur mit Goldmark und Dollar gerechnet. Beispielsweise werden für ein Kleinauto eleganterer Ausstattung 1200—1400 Dollar verlangt. Das ist im Verhältnis zu den in Amerika geforderten Preisen ungewöhnlich hoch. Wagen einfacherer Ausstattung werden dort für 500 Dollar hergestellt und gegen monatliche Abschlagszahlungen verkauft. Die Zahl der Rotordisplays geht ins ungeheure. Es ist unheimlich, was auf diesem Gebiet alles zusammenkonstruiert wird. Nur in wenigen Fällen macht man sich von der üblichen Fahradrotorkonstruktion los und sucht ein Rad auf neuer Grundlage zu schaffen. Man sieht da viele Rotorenformen, die dem Luftspurt entlehnt sind, so z. B. den Umsaummotor. Außerordentlich stark beachtet sind auch die Abteilungen für Zubehör, im besonderen jene, die sich mit einer rationalen Ausnutzung des Brennstoffes beschäftigen.

Allgemeindruck: die ganze Fabrikation scheint sich zurzeit in einer Periode des Experiments zu bewegen, aus der man unter den augenblicklichen Verhältnissen sich sehr schwer herausfindet. Eine Lastwagenabteilung der Ausstellung ist im Sportpalast in der Potsdamer Straße untergebracht.

Die Automobilausstellung wurde heute vormittag in Gegenwart zahlreicher Vertreter staatlicher und städtischer Behörden eröffnet.

Markenbrot 17,5 Millionen.

Amlich wird mitgeteilt: Infolge der fortschreitenden Entwertung der Mark ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 ab der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle für das von ihr den Kommunalverbänden zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide auf im Durchschnitt 180 Millionen Mark für den Zentner oder 3,6 Milliarden Mark für die Tonne Getreide festgesetzt worden. Die Markenbrotpreise werden bei Zugrundelegung Berliner Verhältnisse durch die Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle in Verbindung mit den stark heraufgegangenen Unkosten im Kommunalverband für den Abtransport, für Ausbacken und dgl. etwa auf das 2½fache des in dieser Woche für Markenbrot gebotenen Preises steigen. Der Preis wird demit noch wesentlich unter dem bereits in dieser Woche für freies Brot gezahlten Preis zurückbleiben.

Pfarrstellenluzus.

Der Pfarrer an der Heiligkreuzkirche, Genosse Franke, schreibt uns:

„In schwer verständlicher Weise hat unlängst der Magistrat Berlin resp. das Bezirksamt Mitte zu einer kirchlichen Frage Stellung genommen. Der Magistrat übt als Patron ein Bestimmungsrecht über mehrere evangelische Gemeinden aus, u. a. auch über die hiesige Nicolaisgemeinde. Letztere stand vor der Frage, ob sie die zurzeit vakante vierde Pfarrstelle an der Nicolaiskirche wieder besetzen oder eingehen lassen sollte. Nach langem Hin und Her entschieden sich die kirchlichen Körperschaften dafür, diese Pfarrstelle eingehen zu lassen. In der jetzigen Notzeit ist es die Kirche sich selbst wie der Allgemeinheit schuldig, zu sparen, wo es irgend angeht und sich an dem staatslicherseits geforderten Rekrutenabbau zu beteiligen. Für die Nicolaisgemeinde lag dieser Beschluß um so näher, als sie nur noch 5000 Seelen zählt und in dem übrigen Berlin durchschnittlich je ein Geistlicher auf 10 000 Seelen kommt. Die letzte Entscheidung in dieser Sache aber traf das Bezirksamt Mitte, dem der Magistrat seine Patronatsbefugnisse überlassen hat. Das Bezirksamt Mitte entschied: die vierte Stelle an Nicolai wird mit dem Pfarrer Schwedel von der Parochialgemeinde besetzt. Wukke das Bezirksamt Mitte, als es den Beschluß sah, nicht, daß die Körperschaften der Nicolaisgemeinde sich in fünf Versammlungen mit dieser Frage beschäftigt und in der vierten, allerdings mit einer Stimme Majorität, die Reubesetzung der betreffenden Pfarrstelle, in der ersten, zweiten, dritten aber und in der endgültigen fünften Versammlung die Aufhebung der Stelle beschließen wollten? Zu jeder Pfarrbesetzung muß der Staat heute Millionenzuschüsse leisten, und es bedeutet eine Rücksichtslosigkeit gegen unser zusammenbrechendes Volk, wenn Ersparnisse, die dem leidlichen Hunger zugute kommen könnten, veräußert werden. Mit der Reubesetzung der vierten Pfarrstelle an Nicolai wird dem Interesse der Kirche nicht gedient. Vielmehr hat der Magistrat die Möglichkeit, seine Befugnisse als Patron noch selbst auszuüben und den unverständlichen Beschluß des Bezirksamts zu corrigieren.“

Einer hierzu beim Bezirksamt Mitte erhaltenen Auskunft entnehmen wir folgendes: An der Nicolaiskirche ist das vierde Diakonat seit April 1923, das dritte Diakonat schon seit längerer Zeit unbesetzt, so daß an ihr zurzeit nur Generalsuperintendent Hoendler und Archidiaconus Wehe amtiert. Die Kirche erhält mit Schwedel nicht vier, sondern drei Pfarrer. Das Bezirksamt Mitte als Kirchenpatron wurde schon am 10. März 1923 vom Konsistorium der Mark Brandenburg ersucht, einen Pfarrer zu präsentieren. Ob die Stelle überhaupt wieder besetzt werden sollte, darüber hatte nicht der Kirchenpatron, sondern der Evangelische

Oberkirchenrat zu entscheiden. Auf Bericht des Konsistoriums entschied der Oberkirchenrat: Die Notwendigkeit der Wiederbesetzung wird anerkannt. Trotz Vorstellung des Gemeindeführers (dessen Standpunkt dem Bezirksamt bekannt war) blieb der Oberkirchenrat bei seiner Entscheidung. Infolgedessen ersuchte das Konsistorium am 12. Juli das Bezirksamt aufs neue um Präsentation eines Pfarrers. Bei Nichtpräsentation wäre das Besetzungsrecht an das Konsistorium übergegangen, darum vollzog das Bezirksamt am 6. August die Wahl.

Ein Siebzehnjähriger als Luftmörder.

Aufklärung des Luftmordes an der kleinen Ingeborg Barikowski.

Das grauenhafte Verbrechen an dem kleinen 9 Jahre alten Schulmädchen Ingeborg Barikowski in der Wilmstr. 135, das nicht nur den Westen, sondern ganz Berlin in Aufregung versetzt hatte, hat eine ebenso grauenhafte Aufklärung gefunden. Den mit der Aufklärung betrauten Kriminalkommissaren Dr. Knuschke und Quoy ist es gelungen, das Verbrechen restlos aufzuklären. Als Täter kommt ein in demselben Hause wohnender erst siebzehnjähriger Schüler in Betracht, der bereits gefänglich ist.

Schon kurz nach der Tat lenkte sich der Verdacht der Täterschaft auf den 17 Jahre alten Untersekundaner Günter Seidel, der im selben Hause im 4. Stock des Gartenhauses wohnt. Es war festgestellt worden, daß der Schüler wiederholt mit dem kleinen Mädchen zusammen gewesen war und auch schon mit ihm im Keller sich getroffen hatte. Zunächst war jedoch für die Täterschaft des jungen Mannes keinerlei Beweismaterial zusammenzutragen. Festgestellt werden konnte nur, daß er einen Schlagring besaß, mit dem das Verbrechen wohl ausgeführt worden sein konnte. Er war auch kurz nach der Tat ganz aufgeregt zu seiner Mutter gekommen und von dieser befragt worden, warum er so verstört sei. Er hatte dieser geantwortet, daß er in der Schule einen Aufsatz geschrieben habe, der ihn so aufgeregt habe. Die Mutter fragte ihn auch nach dem Kellerschlüssel, den er besaß. Er hatte nun die Geistesgegenwart, in ein anderes Jackett zu fassen, daß er schon mehrere Tage nicht anhatte und so zu tun, als ob er ihn aus diesem heraushole. In Wirklichkeit hatte er ihn noch in seiner Tasche. Der Bursche, ein schlanker, aufgeweckter junger Mann, leugnete zunächst die Tat kühnlich, brach aber, als er heute vormittag von den Kommissaren verhört wurde, zusammen und legte ein Geständnis ab. Nach seinen Schilderungen ist er an dem betreffenden Tage mit dem Mädchen nach Hause gekommen und hatte mit ihm auf dem Treppenhof des Gartenhauses sich unterhalten. Dabei hatte er den Kellerschlüssel in seiner Tasche bemerkt, und ist mit dem Mädchen hinuntergegangen. Dort hat er sich fälschlich gleich zu erregt, daß er es an sich gerissen und unvorsichtig berührt habe. Das Mädchen habe sich jedoch zur Wehr gesetzt und habe fortlaufen wollen. Nun habe er es gepackt und in seiner Erregung gegen die Wand gestoßen und zwar so heftig, daß es zusammenbrach und bewegungslos liegen blieb. In seiner ungeheuren sinnlichen Erregung habe er dann noch Bindfaden, den er in der Tasche hatte, genommen, eine Schlinge um den Hals des Mädchens geworfen und zugezogen. Dann sei er davongelaufen.

Vereinbarung zwischen R.A.M. und Kriegsgeschädigten

Im Reichsarbeitsministerium haben am Mittwoch Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und dem Reichsbund der Kriegsgeschädigten stattgefunden. Es wurde vereinbart, zweimal im Monat eine Zahlung der allgemeinen Rente durch die Post anzuordnen. Die Zahlung am ersten jeden Monats richtet sich nach der Beamtenentwertungszugabe am Schluß des Monats, die Zahlung in der Mitte des Monats nach der in der zweiten Woche des laufenden Monats. Das Scheidungsverfahren wird beseitigt. Um den besonders bedürftigen Rentenempfängern zu helfen, werden die Zusatzrenten oder Vorschüsse auf diese zwischen dem ersten und fünfzehnten jeden Monats zur Auszahlung gebracht. Falls eine Zahlung der Gehälter an Reichsbeamte in werbefähigem Maße erfolgt, wird dieses Verfahren auch für die Kriegergeschädigten und Kriegsgeschädigten angewandt. Die Besetzungszulose für die Rentenempfänger im besetzten Gebiet erhöht sich von 10 auf 25 Proz., eine weitere Erhöhung steht in Aussicht. Die Schadloshaltung der abgefundenen Rentenempfänger, Kriegsveteranen usw. wurde bis nach Erhebung des Währungsgegesetzes zurückgestellt. Bedürftige Rentenempfänger im Ausland, die, wenn sie in Deutschland wohnen, eine Ausfuhrreise beziehen würden, empfangen ihre Versorgung in der Währung des in Betracht kommenden Landes, wenn sie keinen Erwerb ausüben können.

Eine Flasche Wein eine Milliarde. In einer der letzten Nächte trat ein Schlepper an zwei Herren heran und empfahl ihnen den Besuch eines Nachtlokals. Die beiden Herren gingen auch bereitwillig mit und fanden Zutritt in die Wohnung der Gastwirtin Frau Emma Buchke, Auguststr. 30b, wo reger Nachtbetrieb herrschte. Hier entpuppte sich die beiden Herren als eine Zivilstreife der Schutzpolizei, die nun die anwesenden 12 Personen feststellte. Für die billige Flasche Wein wurde hier die „Kleinigkeit“ von einer Milliarde verlangt.

Erste Hilfe. Um allen Kreisen die Kenntnisse in der ersten Hilfe zugänglich zu machen, veranstaltet die Arbeiter-Samariter-Kolonne wie immer auch jetzt wieder einen Kursus in der ersten Hilfe. Der erste Lehrgang findet am Freitag, den 28., abends 7 Uhr, im Realgymnasium Elisabethstraße 58 statt. Der Lehrgang umfaßt 20 bis 24 Doppelstunden und zerfällt in 6 Teile: Anatomie, Physiologie, Verletzungen, Erkrankungen, Vergiftungen und Krankenpflege. Die Leitung liegt in Händen von Ärzten, die sich bereitwillig unentgeltlich in den Dienst der guten Sache stellen. Der Beitrag wird so niedrig gehalten, daß er nur die Unkosten deckt.

Der Ortsausschuß Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes veranstaltet am Sonntag, den 30. September, vormittags 10 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94, eine große öffentliche Beamtensammlung, in der vom Hauptvorstand des A.D.B. die Vorstandsmitglieder Frankenberg, Henderer und Dr. Böller über die aktuellen Fragen der Beamtenpolitik entscheidende Ausführungen machen werden.

Wiederverband Gau Berlin. Ortsgruppe Reinick-Birk. Freitag, den 28. d. M., abends 7 Uhr: Versammlung der organisierten Mieter und Mieterinnen im Parkgarten, Parkstraße.

Post des Kreuzergeschwaders vom August 1914.

Nach längeren Nachforschungen ist die Anfang August 1914 vom Kreuzergeschwader des Grafen Spee auf der Insel Bonape, früherem deutschen Kolonialbesitz in der Südsee, zurückgelassene Briefpost wieder aufgefunden und der deutschen Regierung durch Vermittlung der japanischen Regierung zugestellt worden. Es steht daher zu erwarten, daß die Angehörigen der Besatzungen von Schiffen des Kreuzergeschwaders demnächst noch Briefe aus der nunmehr 9 Jahre zurückliegenden Zeit erhalten. Im Trugschlusse für die Angehörigen vorzugeben, werden die Briefe auf der Rückseite mit dem Vermerk: „Post“ des Kreuzergeschwaders vom August 1914 versehen. Das Geschwader des Grafen von Spee fand am 8. Dezember 1914 bei den Falklandinseln im Kampf gegen stärkste Uebermacht den Untergang.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Jugendbund Schwarz-Rot-Gold. Diskussionsabend der Gruppe Osten am Freitag, den 28. d., abends 8 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz. Herr Kurt Bernicke spricht über Goldwährung.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trüb und etwas neblig, mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen bis westlichen Winden.

